

Unfallversichert im Ehrenamt

Neu aufgelegt hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die kostenlose Broschüre „Zu Ihrer Sicherheit - Unfallversichert im Ehrenamt“. Sie informiert Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren, über den Versicherungsschutz während ihres Einsatzes. Darüber hinaus informiert die Broschüre über das ganze Spektrum der Unfallversicherung, also auch über die verschiedenen Unfallversicherungsträger und weitere Möglichkeiten zur privaten Absicherung

Die Broschüre (Art.-Nr. A329) steht im Internet unter www.bmas.bund.de ☎ Service ☎ Publikationen

Sozialversicherung in Europa

Einen kompletten Überblick über die unterschiedlichen Sozialversicherungssysteme in Europa gibt die überarbeitete Dokumentation „The Structure of Social Insurance“, die von der European Social Insurance Platform herausgegeben wird. Nach einem einheitlichen Schema werden fast alle EU-Staaten sowie Island und Norwegen in wichtigen Punkten wie Gesundheit, Berufsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit oder Rentenversicherung knapp dargestellt und die dazugehörigen nationalen Institutionen oder Ministerien aufgelistet.

Die Dokumentation steht in englischer Sprache im Internet unter www.esip.org/publications/pb55.pdf

Nichtraucher

Im Mikrozensus 2005 wurden Personen im Alter von 15 Jahren und mehr gebeten, Angaben zu ihren Rauchgewohnheiten zu machen. 73% der Personen, die Angaben zu ihren Rauchgewohnheiten machten, sind Nichtraucher. Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes haben 54% noch nie geraucht und 19% waren ehemalige Raucher. 27% der Befragten waren aktive Rau-

cherinnen und Raucher. Die Ergebnisse zeigen, dass der Anteil der Nichtraucher in den jüngeren Altersjahren am niedrigsten ist: So waren in der Altersgruppe der 15- bis 39-Jährigen 61% der Männer Nichtraucher, bei den Frauen dieser Altersgruppe waren 70% Nichtraucherinnen. Mit zunehmendem Alter steigen die Anteile der Nichtraucher.

Insgesamt sind 68% der Männer und 78% der Frauen Nichtraucher. 64% der Frauen haben noch nie geraucht, bei den Männern beträgt dieser Anteil 44%. Der Anteil der ehemaligen Raucher, das heißt die Ausstiegsquote, ist bei den Männern mit 24% deshalb größer als bei Frauen mit 14%. Je höher der Berufsabschluss, desto größer ist der Nichtraucheranteil: Männer mit Lehrausbildung sind zu 64% Nichtraucher, Frauen mit Lehrausbildung sind zu 75% Nichtraucher; Männer mit Abschluss einer Universität/Promotion sind zu 82%, Frauen mit Abschluss einer Universität/Promotion 86% Nichtraucher.

Schwerbehinderte

Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes lebten zum Jahresende 2005 in Deutschland 6,7 Millionen schwerbehinderte Menschen; das waren rund 89.000 oder 1,3% mehr als am Jahresende 2003. Bezogen auf die gesamte Bevölkerung war in Deutschland jeder zwölfte Einwohner (8,2%) schwerbehindert. Knapp über die Hälfte (52%) der Schwerbehinderten waren Männer. Als schwerbehindert gelten Personen, denen von den Versorgungssämtern ein Grad der Behinderung von 50 und mehr zuerkannt wurde.

Behinderungen treten vor allem bei älteren Menschen auf: So war gut die Hälfte (53%) der schwerbehinderten Menschen 65 Jahre und älter; knapp über ein Fünftel (21%) gehörte der Altersgruppe zwischen 55 und 65 Jahren an. 2% der Schwerbehinderten waren Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Zu 83% und damit überwiegend wurden die Behinderung durch eine Krankheit verursacht; 5% der Behinderungen waren angeboren, 2% auf einen Unfall oder

eine Berufskrankheit zurückzuführen. Bei einem Viertel der schwerbehinderten Menschen (25%) war vom Versorgungsamt der höchste Grad der Behinderung von 100 festgestellt worden; 30% wiesen einen Behinderungsgrad von 50 auf.

Bürger- und Patientenorientierung

Das neue Heft der Gesundheitsberichterstattung des Bundes (GBE) am Robert Koch-Institut gibt auf gut 25 Seiten einen Überblick über „Bürger- und Patientenorientierung im Gesundheitswesen“: Wie gestaltet sich die derzeitige Situation der Nutzer im deutschen Gesundheitswesen, wie weit haben sich neue Rollenstellungen im Sinne von mehr Mitbestimmung und mehr Übernahme von Verantwortung verbreitet, welche gesundheitspolitischen Entscheidungsspielräume sind für Patientenvertreter entstanden, welche Unterstützung erwarten Bürger und Patienten, wo finden sie Informationen und Beratung zu medizinischen Fragen?

Das Themenheft 32 steht im Internet unter www.rki.de ☎ Gesundheitsberichterstattung und Epidemiologie





Verbessert Beschäftigungsfähigkeit

Gesundheit ist eine grundlegende Voraussetzung für ein langes Arbeitsleben. Dies gilt umso mehr, als sich die Bedingungen für eine gesundheitsorientierte Arbeits- und Lebensführung stark verändern. Durch neue Organisationsformen von Arbeit verschwimmen beispielsweise die Grenzen zwischen Wohn- und Arbeitsort, zwischen Freizeit und Arbeitszeit oder auch zwischen Routine- und Nicht-routinetätigkeiten. Dies führt zu völlig neuen Beanspruchungen. Wenn sich immer mehr Menschen in Formen selbstständiger Arbeit befinden, bieten sich einerseits mehr Chancen und Gestaltungsspielräume für eine Arbeits- und Lebensführung, die den individuellen Bedürfnissen entgegen kommt. Andererseits wird die Vernachlässigung sicherheits- und gesundheits-

bezogenen Standards begünstigt und laufen etablierte Mechanismen der Gesundheitsförderung ins Leere.

An diesen Problemen setzt der Forschungsbericht Fb 1038 „Kompetenz für eine nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit“ der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) an. Dabei handelt es sich um den Abschlussbericht des Projektes „Lebenslanges Lernen im Bereich von Sicherheit und Gesundheitsschutz: Entwicklung eines Kompetenzmodells als Basis für die Förderung eigenkompetenten Verhaltens“ der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA).

Die Ergebnisse zeigen, dass bei der Umsetzung von Wissen in Handeln Verhaltensänderungen gefragt sind. Diese basieren auf Wissen, Erfahrung und der Bereitschaft, sich eine eigene Orientierung über die Möglichkeiten einer sicherheits- und gesundheitsorientierten Lebensführung zu verschaffen. Doch eine solche Lebensführung lässt sich nur dann umsetzen, wenn sie auch im Arbeitsalltag gelebt werden kann. Der Bericht stellt unterschiedliche Ansätze vor, Sicherheit und Gesundheitsschutz stärker mit der individuellen Kompetenzentwicklung in unterschiedlichen Lebensphasen zu verzahnen.

Der gesamte Bericht steht im Internet unter www.baua.de  Publikationen  Schriftenreihe  Forschungsberichte  Fb 1038

Unfallstatistik 2005



Junge Erwachsene im Alter von 18 bis unter 25 Jahren haben noch immer das höchste Unfallrisiko im Straßenverkehr. Obwohl im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr 15% weniger junge Männer und Frauen im Straßenverkehr ums Leben kamen, gehörte über ein Fünftel aller Getöteten zu dieser Altersgruppe. Im Jahr 2005 sind auf Deutschlands Straßen nach Ergebnissen der Straßenverkehrsunfallstatistik insgesamt 5.361 Menschen getötet worden, das waren 8,2% weniger als im Vorjahr und die niedrigste Zahl an Verkehrstoten seit über 50 Jahren. Dennoch starben im

letzten Jahr 15 Menschen täglich auf deutschen Straßen.

Zum ersten Mal nach fünf Jahren kamen wieder mehr Kinder unter 15 Jahren im Straßenverkehr ums Leben. Im Jahr 2005 wurden 159 Kinder bei Straßenverkehrsunfällen tödlich verletzt, 6 Kinder (+3,9%) mehr als im Vorjahr. Besonders stark von 23 auf 41 (+78%) ist die Zahl der Kinder gestiegen, die auf dem Fahrrad getötet wurden.

Insgesamt war das Risiko, als Fahrradbenutzer zu verunglücken, im letzten Jahr wesentlich größer als in 2004. 78.434 Menschen verunglückten im Jahr 2005 auf dem Fahrrad, das waren 6,5% mehr als im Vorjahr. 100 Personen oder ein Fünftel mehr als 2004 kamen auf Fahrrädern zu Tode (575). Auch verunglückten mehr Personen auf Motorrädern (+1,1%), 875 Motorradbenutzer (+2%) starben im Straßenverkehr. Dagegen wurden weniger Personen im Pkw (-13%) oder als Fußgänger (-18%) getötet.

Psychisch krank im Job

Jeder zwölfte Arbeitsausfalltag in Deutschland ist mittlerweile mit einer psychiatrischen Diagnose verbunden. Dies belegt der BKK Gesundheitsreport 2005 (www.bkk.de  gesundheit  bkk.gesundheitsreport 2005) . Die stetige Zunahme der Erkrankungen und der damit verbundenen Fehltag stellt aber nicht nur die betroffenen Beschäftigten sondern auch ihre Kolleginnen und Kollegen und ebenso die Unternehmen vor völlig neue Herausforderungen.

Die Praxishilfe „Psychisch krank im Job. Was tun?“ bietet jetzt Betroffenen wie Führungskräften gleichermaßen Orientierung und kompetente Hilfe. Sie ist gemeinsam von der Familien-Selbsthilfe Psychiatrie (BAPK e.V.) und dem BKK Bundesverband entwickelt worden. Betroffene Mitarbeiter, aber auch deren Kollegen und Personalverantwortliche erfahren hier Wissenswertes zu relevanten psychischen Erkrankungen und erhalten Unterstützung für den Umgang mit psychisch belasteten Mitarbeitern.

Die Praxishilfe kann kostenlos per E-Mail angefordert werden unter bapk@psychiatrie.de oder praevention@bkk-bv.de

Netc@rd

Das europaweite Modellprojekt Netc@rd, das einen unkomplizierten Arztkontakt innerhalb Europas mit der jeweiligen Krankenversicherungskarte des Heimatlandes ermöglichen soll, wird in Deutschland weiter ausgebaut. In Zukunft können die Patientinnen und Patienten aus dem europäischen Ausland in weiteren Pilotkrankenhäusern in der Region Baden-Württemberg mit der Versicherungskarte ihres Heimatlandes Leistungen in Anspruch nehmen.

Ziel des EU-Projekts Netc@rd ist es, künftig in ganz Europa die Daten der Krankenversicherungskarten der EU-Bürger lesen zu können. In Deutschland können EU-Bürger zunächst mit Schwerpunkt in der Region Baden-Württemberg diese unkomplizierte und schnelle Möglichkeit nutzen. Ebenso können sich deutsche Versicherte in Modellregionen neun europäischer Länder mit ihrer derzeitigen Versicherungskarte ärztlich behandeln lassen.

Weitere Informationen in englischer Sprache stehen im Internet unter www.netcards-project.com/index.php

Aktuelle Ozon-Werte

Das Umweltbundesamt (UBA) veröffentlicht im Internet stündlich aktualisierte Ozonwerte und Ozonprognosen für Deutschland – auch an den Wochenenden, übersichtlich und in Kartenform. Ab 10:00 Uhr können Bürgerinnen und Bürger bundesweite Ozonprognosen für den laufenden Tag und die beiden folgenden Tage abrufen. Die Prognosen sind in einer Deutschlandkarte farbige dargestellt.

Ab 13:15 Uhr gibt es täglich die Ozon-Messwerte aller verfügbaren Messstellen der Länder und des Bundes im Netz. Das UBA aktualisiert diese Werte und stellt sie in Karten ein.

Daten und Übersichtskarten auch für die einzelnen Bundesländer stehen im Internet unter www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/daten/aod.htm

DVD zum Thema „Teilzeit“

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat die kostenlose DVD zur Berechnung von Teilzeit und Altersteilzeit neu aufgelegt (Rechtsstand 01.01.2006). Mit den beiden Programmen kann am Computer das künftige Einkommen ausgerechnet werden, wenn man in Teilzeit oder Altersteilzeit gehen will. Auf der DVD sind als PDF-Dateien ebenfalls die Broschüren „Teilzeit“, „Altersteilzeit“ und „Arbeitszeitgesetz“ hinterlegt.

Als besonderen Service finden Menschen mit Hörbehinderung eine Einführung in die Teilzeitproblematik in Gebärdensprache. Diese Gebärdensprach-Filme können sowohl auf dem Computer als auch über einen handelsüblichen DVD-Player im Fernsehen angesehen werden. Der gebärdete Text steht als Textversion neben den Filmen zur weiteren Verfügung.

Die DVD (Art.-Nr. D132) kann bezogen werden über www.bmas.bund.de ☎ Service ☎ Publikationen

Innovationspreis Gesundheit 2006

Der BKK Landesverband Hessen schreibt jährlich den BKK-Innovationspreis aus. Ziel ist es, die Entwicklung neuer Denkweisen und Handlungsmuster sowie Produkte zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Gesundheitswesen zu unterstützen und die Verbindung von Theorie und Praxis zu fördern. Die Ausschreibung des diesjährigen Wettbewerbes steht unter dem Themenschwerpunkt „Hat Alter(n) noch Zukunft?“ Der Wettbewerb richtet sich an immatrikulierte Studierende sowie Absolventen der Universitäten und Fachhochschulen. Einsendeschluss ist der 31.10.2006.

Weitere Informationen stehen im Internet unter www.bkk-hessen.de ☎ aktuelle Themen

Arbeitsblatt für Ferienjobber

Die Arbeitsgemeinschaft „Jugend und Bildung“ hat im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ein neues Arbeitsblatt für Schülerinnen und Schüler erstellt. Was ist bei der Wahl des Ferienjobs zu beachten? Welche Regelungen gelten? Wie finde ich den richtigen Ferienjob? Neben dem hier downloadbaren Arbeitsblatt und Schaubild gibt es weiterführende Infos, Links, Schaubilder und Anregungen für den Unterricht.

Das Arbeitsblatt mit weiteren Hinweisen steht im Internet unter www.sozialpolitik.com

Öffentliche Schulden

Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes waren die öffentlichen Haushalte (Bund und seine Sondervermögen, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände) zum Jahresende 2005 mit 1.447,5 Milliarden Euro am Kreditmarkt verschuldet. Dies entspricht einer Schuldenlast von 17.552 Euro je Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Anstieg um 3,8% oder 643 Euro je Bundesbürger. Den größten Anteil der Schulden bezogen auf den Bevölkerungsstand hatten der Bund und seine Sondervermögen mit 10.768 Euro, gefolgt von den Ländern mit 5.678 Euro, auf die Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände entfielen 1.190 Euro.

Der durchschnittliche Pro-Kopf-Wert der regional zurechenbaren Schulden der Kernhaushalte der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände hatte 2005 bei den Flächenländern eine Spanne von 3.133 Euro (+4,0%) in Bayern bis zu 9.066 Euro (+6,4%) in Sachsen-Anhalt. Die Pro-Kopf-Werte der Stadtstaaten liegen wie in den Vorjahren

deutlich über denen der Flächenländer. Hier hat das kleinste Bundesland Bremen mit 18.564 Euro (+9,1%) den höchsten Schuldenstand pro Kopf, gefolgt von Berlin mit 16.919 Euro (+6,4%) und Hamburg mit 12.173 Euro (+3,9%).

Weitere detaillierte Daten stehen kostenlos im Internet unter www.destatis.de/shop ☎ Fachserie 14, Reihe 5 „Schulden der öffentlichen Haushalte 2005“

Grünbuch zur Drogenpolitik

Die Europäische Kommission hat ein so genanntes Grünbuch zur Drogenpolitik veröffentlicht und damit eine Konsultation fachspezifischer Einrichtungen der Zivilgesellschaft gestartet. Das Grünbuch plädiert für einen anhaltenden, strukturierten Dialog zwischen der EU und dem breiten Spektrum der im Drogenbereich tätigen Einrichtungen. Dieser Dialog soll dabei helfen, die EU-Drogenbekämpfungsstrategie 2005–2012 und einen entsprechenden Aktionsplan 2005–2008 umzusetzen.

In der EU sterben jährlich mehr als 8000 Menschen an einer Überdosis von Drogen. Schätzungen zufolge liegt die tatsächliche Zahl der drogenbedingten Todesfälle dreimal so hoch, da nicht alle Todesfälle durch Überdosis gemeldet werden und Todesfälle aufgrund von Aids, Gewalttaten, Unfällen und Selbstmord nur indirekt drogenbedingt sind.

Um den Dialog zu strukturieren und Erfahrungen und Wissen vieler Einrichtungen auf praktische und nachhaltige Weise für die Politikgestaltung auf EU-Ebene nutzbar zu machen, führt die Kommission bei den einschlägigen europäischen Einrichtungen eine Konsultation durch. Bis zum 30. September 2006 können sich Interessierte daran beteiligen.

Weitere Informationen stehen im Internet unter http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/news_consulting_public_en.htm

Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“

Ein neues interaktives Unternehmensnetzwerk bietet Unternehmen, die eine familienbewusste Personalpolitik praktizieren oder dies planen, eine Wissens-, Themen- und Kontaktplattform. Das Netzwerk vermittelt Ansprechpartner und Erfahrungsberichte anderer Unternehmen, bietet eine Informations- und Kooperationsbörse sowie exklusive Veranstaltungen.

Die neue Website enthält eine Unternehmensdatenbank, Erfahrungsberichte, eine Informations- und eine Kooperationsbörse sowie Präsentations- und Redebausteine. Sie ist offen für Unternehmen, öffentliche Verwaltungen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen oder Institutionen der freien Wohlfahrtspflege. Partner sind der Deutsche Industri- und Handelskammertag und die berufundfamilie gGmbH. In Kürze wird den Mitgliedern ein Netzwerkbüro zur Verfügung stehen. Das Projekt ist Teil des Unternehmensprogramms „Erfolgsfaktor Familie. Unternehmen gewinnen“, das durch Mittel des Europäischen Sozialfonds kofinanziert wird.

Weitere Informationen im Internet unter www.erfolgsfaktor-familie.de/netzwerk

Aktionsplan für Unfallverhütung

Die Europäische Kommission hat einen Aktionsplan zur Verringerung von Unfällen und Verletzungen angenommen. Letztere sind mit fast 235.000 Todesfällen die vierthäufigste Todesursache in der EU. Unfälle und Verletzungen führen zu beinahe 7 Millionen Krankenhauseinweisungen und 20% der Fehlzeiten am Arbeitsplatz. Sie sind ferner die Haupttodesursache bei Kindern und Jugendlichen.

Ziel des Aktionsplans ist es, den Themenfeldern Unfällen und Verletzungen Vorrang auf der politischen

Tagesordnung einzuräumen und die entsprechende volkswirtschaftliche Belastung zu verringern. Er enthält folgende Vorschläge:

- Aufbau eines EU-Informationssystems für Verletzungen
- Förderung des Austauschs bewährter Verfahren
- Errichtung eines EU-Stakeholder-Netztes
- Berufliche Bildung von Beschäftigten des Gesundheitswesens zum Thema Förderung der Sicherheit
- Erstellung einzelstaatlicher Aktionspläne für die Verhütung von Verletzungen durch die Mitgliedstaaten
- Informationskampagnen

Der Plan soll sich auf die Sicherheit von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen konzentrieren, wie auch auf besonders gefährdete Straßenverkehrsteilnehmer (z. B. Radfahrer, Fußgänger und Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel), und damit die Straßenverkehrssicherheitspolitik unter der Leitung der Generaldirektion für Verkehr und Energie der Kommission (GD TREN) ergänzen. Ferner zielt er auf die Verhütung von Sportunfällen, Selbstbeschädigung (einschließlich Selbstmord) und zwischenmenschlicher Gewalt (häusliche Gewalt, Überfälle usw.) ab.

Weitere Informationen stehen im Internet unter http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/environment/IPP/ipp_de.htm

Konsumentenverhalten

Konsumenten verhalten sich oft irrational: Auch wer umweltbewusst und sozial denkt, kauft mitunter Produkte, die weder unter besonders ökologischen noch unter sehr sozialen Bedingungen entstanden sind. Anders ausgedrückt: Das Konsumverhalten steht häufig im Widerspruch zur eigenen Einstellung. Genau hier setzt die neue Förderinitiative „Vom Wissen zum Handeln – Wege zum nachhaltigen Konsum“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) an: Wissenschaftler sollen dabei nicht nur die Kaufentscheidungen der Konsumenten untersuchen. Sie sollen auch besser verstehen, mit welchen Anreizen sich

Bürger für ein nachhaltigeres Konsumverhalten gewinnen lassen.

Für die Initiative stellt das BMBF sechs Millionen Euro zur Verfügung. Die Förderinitiative ist Teil des Schwerpunktes Sozial-ökologische Forschung im BMBF-Rahmenprogramm „Forschung für die Nachhaltigkeit“ (FONA).

Weitere Informationen zum gesamten Rahmenprogramm stehen im Internet unter www.fona.de

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich

Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf zum deutsch-französischen Rahmenabkommen vom 22. Juli 2005 über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich und zu der dazugehörigen Verwaltungsvereinbarung vom 9. März 2006 beschlossen. Damit sind die Voraussetzungen für eine schnellstmögliche Umsetzung der Verträge geschaffen.

Nach der Umsetzung des Rahmenabkommens und der Verwaltungsvereinbarung in nationales Recht wird es Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland ermöglicht, regionale Vereinbarungen mit den angrenzenden französischen Departements zu schließen, die den Verhältnissen vor Ort entsprechen. Diese Vereinbarungen können ganz unterschiedliche Bereiche betreffen, so z. B. die Organisation des Rettungsdienstes, die gegenseitige Nutzung von Gesundheitseinrichtungen oder den grenzüberschreitenden Einsatz von Gesundheitspersonal. Gemeinsam ist allen, dass sie den Zugang der Bewohnerinnen und Bewohner des Grenzgebietes zur medizinischen Versorgung verbessern werden.

Dem beschlossenen Gesetzentwurf müssen sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat noch zustimmen. Nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens werden Rahmenabkommen und Verwaltungsvereinbarung dann Anfang 2007 in Kraft treten.